

Ein Fest auf Kosten der Tiere

Swissmilk feiert jährlich den Tag der Milch. Wie viel Leid hinter der Milchproduktion steht, ist den meisten Konsumenten nicht bekannt. Damit eine Kuh Milch gibt, muss sie ein Kalb zur Welt bringen, das ihr kurz nach der Geburt entrisen wird.

Während die weiblichen Tiere oft zu Milchkuhen nachgezogen werden, sind die männlichen Kälbchen ein Abfallprodukt der Milchindustrie. Obwohl noch kaum Fleisch an ihnen ist, werden viele bereits nach wenigen Tagen geschlachtet. Die restlichen Kälber werden in den ersten Lebenswochen durch Enthornung verstümmelt, damit viele Milchkuhe auf möglichst wenig Platz gehalten werden können.

Bereits wenige Wochen nach der Geburt ihres Kalbes werden die Kühe erneut künstlich be-

samt. Die Stiere, die für diese künstliche Besamung ihr Sperma liefern müssen, verbringen ihr Leben in einer Box, aus der sie nur heraus dürfen, wenn sie zur Absamung gebraucht werden. Da Milchkuhe derart hochgezüchtet wurden, dass sie viermal mehr Milch geben, als für die Ernährung eines Kalbes nötig wäre, leiden sie durch die Überbelastung des Euters oft an schmerzhaften Entzündungen. Bereits nach vier bis fünf Jahren ist eine Milchkuh derart ausgelaugt, dass sie nicht mehr rentiert und in den Schlachthof kommt. Dabei könnte eine Kuh bis zu 20 Jahre alt werden.

Swissmilk begeht ein Fest auf Kosten von Tieren, die ihr Leben lang nichts zu feiern haben. Längst ist auch in diversen Studien festgestellt worden, dass Milch alles andere als gesund ist und zu Zivilisationskrankheiten wie Diabetes, Krebs und Osteoporose beiträgt.

Sonja Tonelli
Verein gegen Tierfabriken
Schweiz VgT.ch

Im Bühl 2, 9546 Tuttwil

Pestizide schaden auch Bienen

Ausgabe vom 10. April 2015

Verantwortungslose Chemie-Riesen

Dass Syngenta und Bayer die Schädlichkeit von Neonicotinoiden weit von sich weisen, erstaunt nicht. In ihrer Verblendung, Umsatz- und Profitgier handeln sie in beängstigendem Masse verantwortungslos. Wir wissen, dass ohne die Bestäubung durch Bienen und Insekten die Menschen noch ungefähr vier Jahre zu leben haben.

Wenn die Chefs der beiden Firmen die Grösse hätten, eine Fehlentwicklung einzugestehen und das Gift vom Markt nehmen, wäre die Welt nicht gerettet. Es wäre aber ein Schritt, der die Gefahr wenigstens von dieser Seite einschränken würde. Die Hoffnung auf verantwortungsvolles Handeln ist angesichts der Klage, welche die Chemieriesen wegen einer Einschränkung gefährlicher Pestizide durch die EU eingereicht haben, allerdings gering. Solches Handeln illustriert fol-

gende Kurzgeschichte: Kommt der Teufel in die Chefetage eines Chemieriesen und offeriert dem Top-Management für die kommenden zehn Jahre 10 Prozent Umsatzwachstum und 25 Prozent Gewinnzuwachs pro Jahr. «Phantastisch», jubeln die Manager und fragen nach dem Preis. Nicht so hoch, meint der Teufel. Im elften Jahr werde alles zerstört. Nach kurzem Abwägen sind die Manager zum Deal bereit. Der Teufel ist einerseits erfreut, andererseits aber enttäuscht darüber, dass gewisse Top-Leute für das schnelle Geld zu jeder Schandtat bereit sind.

Was im Artikel nicht erwähnt wird, ist das Ergebnis einer Studie vom Sommer 2014, die folgendes ergeben hat: Eine Untersuchung der sofortigen Auswirkungen gängiger Pflanzenschutzmittel habe gezeigt, dass diese 5000- bis 10000mal tödlicher für Bienen seien als das hochgiftige Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT) (Spiegel.de am 9. April 2015).

Peter Schläpfer
Halten, 9064 Hundwil

Leserbrief: Weg vom «Reichtum ohne Leistung»

Ausgabe vom 16. April 2015

Vermögen nicht bestrafen

Wer ein immer noch angriffigeres Steuerregime befürwortet, muss sich bewusst sein, dass er damit die wettbewerblichen Standortvorteile unseres Landes untergräbt. Der tatsächliche Einfluss unseres Staates auf unsere Konsum- und Investitionstätigkeit entpuppt sich als weitaus gewichtiger, als viele von uns sich das vorstellen. Bereits heute belasten Steuern, Sozialbeiträge und andere Zwangsabgaben das Budget der Haushalte mit 3170 Franken pro Erwachsenen und Monat. Über die Hälfte unseres Einkommens wird fremdbestimmt. Damit unterscheidet sich unser Land kaum mehr von unseren Nachbarn, auf die wir fiskalisch gerne herab blicken.

Hat die heutige Schweiz noch eine Idee? Oder pflastern wir sie mit immer noch mehr Steuern einfach zu und unterhöheln da-

mit unsere Zukunftsfähigkeit als führendes Exportland, das sich im weltumspannenden, harten Wettbewerb irgendwie durchsetzen muss? Was Steuern angeht, sind wir kaum mehr konkurrenzfähig. Muss uns das nicht zu denken geben? Vermögen zu bestrafen und die Bildung von Kapital zu verhindern, bringt uns nicht weiter.

Noch sind wir stolz darauf, in einer Demokratie zu leben, in der Geld und Güter, die wir rechtmässig erworben, erspart und vermehrt haben, nicht über Nacht vom Staat rückwirkend enteignet werden. In unserer Marktwirtschaft erfreut sich jeder der Freiheit, sich entfalten zu können, mit Erfindergeist und guter Arbeit ein Vermögen zu erarbeiten und frei darüber verfügen zu dürfen. Karl Marx glaubte, man müsse den Vermögenden nur die Produktionsmittel wegnehmen, sie auf alle verteilen und alles werde gut. Diese Sichtweise ist, wie wir wissen, kläglich gescheitert. **Willy Burgermeister**
Grundstr. 8, 8590 Romanshorn

FCZ-Fans wüten in Pratteln

Ausgabe vom 14. April 2015

Endlich hart durchgreifen

Wie beinahe jeden Montag, wieder ein typisch schweizerischer Zeitungsbericht: «FCZ-Fans legen Bahnhof Pratteln lahm. Um 19.40 Uhr hatte die Polizei die Lage wieder unter Kontrolle – die Fans sassen im Extrazug.» Im Gegensatz dazu eine Meldung aus Holland: «Nach einer Massenschlägerei wurden um 2.45 Uhr 75 deutsche Touristen festgenommen. 61 wurden am Sonntagmorgen wieder freigelassen, 14 sitzen weiter in U-Haft.» Was muss noch alles passieren, bis auch bei uns endlich gegen diese Saubannerzüge wirksam reagiert und hart durchgegriffen wird? Es darf nicht sein, dass diese Chaoten auf unsere Kosten regelmässig und unbehelligt Katz und Maus mit der Polizei spielen.

Otto Wieland
Tannenstr. 7, 8500 Frauenfeld

Inserat wird zum Politikum

Ausgabe vom 10. April 2015

Bumerang für Lukas Reimann

Das «Wohnungsinserat, ab sofort, günstig, kein CH», das ein Türke veröffentlicht hat, ist, was es ist: nichts weiter als eine bewusste «Retourkutsche an die SVP». Es wird wohl ein Einzelfall bleiben. Aus der Sicht des Inserenten betreibt die SVP eine «ausländerfeindliche Politik». Wie ist darauf zu reagieren? Statt gelassen, souverän oder abgeklärt mit einem Lächeln, tappt der übereifrige SVP-Nationalrat Lukas Reimann in die «Überreaktionsfalle» und löst Gelächter, Kopfschütteln und Schadenfreude aus. Der politische Gegner freut sich. Schon wieder ein Bumerang für Reimann.

Raffaele Ferdinando Schacher
Blumeneggstr. 52, 9403 Goldach



Leserbild Das Netz ist gespannt

Rolf Schweizer fotografierte in Hoffeld.

«Keine Impfung, kein Geld»

Ausgabe vom 14. April 2015

Zu wenig informiert über das Impfen

Wenn der Staat zu Massnahmen greift, um Impfungen durchzusetzen, dann sollten wir als Bevölkerung aber auch umfänglich darüber informiert werden, was genau von uns und unseren Kindern verlangt wird. Aber weder Staat noch Medien informieren über Nebenwirkungen. Gemäss Packungsbeilagen der Impfungen sind dies etwa: Asthma, Allergien, Mandel- und Mittelohrentzündungen,

Sprachstörungen, Verhaltensstörungen, Krampfanfälle, Lähmungen, Diabetes, Gehirnhautentzündung. Das Konservierungsmittel Thiomersal wird benutzt, das aus etwa 40 Prozent Quecksilber besteht. Fast jeder Impfstoff enthält Formaldehyd, ein Mittel, das wegen seiner Gefährlichkeit, Krebs zu verursachen, in der Möbelherstellung verboten wurde. Auch Aussagen diverser Ärzte, die bezeugen, dass Impfungen unnötig und gefährlich sind, vor allem für Babies und Kleinkinder, werden nicht veröffentlicht. Haben wir schon vergessen, dass 2009 der Konzern Baxter einen mit dem tödlichen Vogelgrippevirus versuchten Impfstoff (Sterberate 60 Prozent) an 18 Länder lieferte? In der Schweiz gesteht daher eine Mutter von sechs Kindern öffentlich ihren «Fehler» ein: Eines ihrer gesunden Kinder erkrankte unmittelbar nach der Impfung gegen Keuchhusten an Keuchhusten, aus dem sich nachfolgend Asthma bildete. Ja, das stimmt, es geht um viel Geld, aber dies vor allem für die Pharmaindustrie. **Maja Brändli**
Haufen, 9426 Lutzenberg

Kommerz vor Lärmschutz?

Wie Medienberichten zu entnehmen ist, hat das Bundesverwaltungsgericht die Klage der AgF (Aktion gegen Fluglärm) über die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für den People's Business Airport Altenrhein abgewiesen. Dies ist insofern bedenklich, als dank diesem Gerichtsentcheid dem Flugfeld Altenrhein Tür und Tor geöffnet werden, um nach Gutdünken Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Die Betriebszeitenregelung vom 26. Okt. 1999 dient dazu, die Bevölkerung am und um das Flugfeld über Mittag und abends vor Fluglärm zu schützen. Offensichtlich geht Kommerz vor Lärmschutz: Tatsache ist, dass im Jahr 2014 durch das Flugfeld Altenrhein ausserhalb der generellen Öffnungszeiten 349 Ausnahmegenehmigungen erteilt wurden, davon lediglich 11 für Ambulanz- oder Notfallflüge.

Versucht man zum Beispiel in den gesetzlich geregelten Ruhezeiten (Mittag, Sonntag) den Rasen zu mähen oder Kinder spielen oder musizieren zu

lassen – die Konsequenzen dürften jedem bekannt sein.

Folgendes Szenario wäre demnach durchaus denkbar: Wenn alle öffentlichen Flugplätze der Schweiz in der Nacht geschlossen sind, könnten die sich noch in der Luft befindenden kleineren Flugzeuge mittels Ausnahmegenehmigung zu jeder Nachtzeit nach Altenrhein umgeleitet werden. Wie steht es da im weiteren mit der Sicherheit? Ist sie tatsächlich von morgens früh bis spät in die Nacht gewährleistet? Es sind rund ums Flugfeld schon genügend Unfälle passiert. Und wie sieht das mit der Feinstaubbelastung im vielgepresenen Naturschutzgebiet im Altenrhein aus? Auf dem Flugfeld werden unter anderem ohrenbetäubende Triebwerkstandläufe ohne Schutzanlagen durchgeführt. Jedem gewerblichen Betrieb indes werden strengste Auflagen in punkto Sicherheit, Schadstoffausstoss und Lärmentwicklung auferlegt.

Fazit: Öffnungszeiten sind auch bei geschlossenem Flugfeld Öffnungszeiten. **Corin und Jürg Camenisch**
Dammweg 3, 9423 Altenrhein

Steuer-Glück nur für die Bauern

Ausgabe vom 11. April 2015

KMU nicht noch zusätzlich belasten

Am 14. Juni entscheidet das Stimmvolk über die Einführung von zwei neuen Steuern. Mit der Billag-Mediensteuer sollen alle Unternehmen ab einem Umsatz von einer halben Million Franken besteuert werden. Die Erbschaftssteuer-Initiative beabsichtigt die Besteuerung von Erbschaften ab einem Freibetrag und belastet damit Nachfolgeregelungen in den Betrieben zusätzlich. Ein Ja zu beiden Vorlagen bedeutet neue und mehr Steuern. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, die Schweizer KMU nicht noch zusätzlich zu belasten. Es geht in vielen Betrieben schon lange nicht mehr um Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung, sondern nur noch um die Frage, ob in der Schweiz zu konkurrenzfähigen Preisen produziert werden kann oder nicht mehr. Den Unternehmen sollten mit neuen Steuern nicht weitere Steine in den Weg gelegt werden, damit die Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten bleiben.

Marc Widler
Thurgauer Gewerbeverband
Thomas-Bornhauserstr. 14,
8570 Weinfelden

Wenn grüner Rat teuer ist

Ausgabe vom 14. April 2015

Grüne Parteien sind nicht konsequent

Es gibt Leute, die mit linker Politik nichts anfangen können. Es gibt aber kaum jemanden, der in Umweltfragen nicht auf der «grünen» Seite steht. Das heisst, fast alle von uns haben auch ein «grünes» Gewissen. Deshalb wählen einige Leute «grün». Wenn sie damit aber «rot» unterstützen, liegt das vielleicht nicht in ihrem Sinn. Langfristig kann man «tiefrote» Politik nicht als «grün» verkaufen. Das haben vor einigen Jahren sogar die «Grünen» gemerkt, woraus dann die Grünliberale Partei entstanden ist. Es hat sich gezeigt, dass beide grünen Parteien – trotz Opposition in den eigenen Reihen – den nachhaltigen Umgang mit unserer Erde nicht konsequent vertreten.

Man kann nicht zum einen die Menschen für die Umweltprobleme verantwortlich machen und zum andern die Bevölkerungszahl im Land und auf der Welt ignorieren. **Karl Schär**
Wolfsbachstr. 6, 9436 Balgach

Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Die abgedruckten Zuschriften stellen eine repräsentative Auswahl dar. Bevorzugt werden kürzere, kompakt verfasste Texte. Bei der Auswahl werden nur Leserbriefe bearbeitet, die nicht länger sind als 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Für Texte zu Volksabstimmungen gilt eine Maxi-

mallänge von 1200 Zeichen, Beiträge für die Ostschweiz am Sonntag sind auf 1500 Zeichen beschränkt. Die Redaktion behält sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren, sie zu kürzen oder nur in Auszügen zu veröffentlichen. Sie kann darüber keine Korrespondenz führen. www.tagblatt.ch → Alle Angebote → Leserbriefe